

Zeitschrift: Die Staatsbürgerin : Zeitschrift für politische Frauenbestrebungen
Herausgeber: Verein Aktiver Staatsbürgerinnen
Band: 35 (1979)
Heft: 3-4

Artikel: Genferinnen-Alternative zur "Männer-Medizin"
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-845067>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 03.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

keit der verglichenen Arbeit» zu entscheiden «Ein individuelles Recht auf Chancengleichheit müsste zu einer *Perversion der Vertragsfreiheit und zu endlosen Prozessen führen*» schreiben die Arbeitgeber.

Eine bessere Aufnahme hat die Initiative bei den *Parteien* gefunden. Die SP und die PdA befürworten sie vorbehaltlos; die FDP und die CVP stimmen ihr «faute de mieux» zu. Die mitgliederstarken *Frauenverbände* und die *Arbeitnehmerorganisationen* sind für, die *Arbeitgeberverbände* und die mitgliederschwachen *Arbeitnehmerorganisationen* mehrheitlich gegen das Begehren. (Zu den Befürwortern gehört auch der Dachverband unseres Vereins!!)

Namentlich die *Kantone*, aber auch mehrere Parteien und verschiedene der Initiative kritisch gegenüberstehende Frauen- und Arbeitnehmerverbände befürworten einen *Gegenvorschlag*. Die Meinungen zu dessen Ausgestaltung variieren zwischen geringfügigen Ergänzungen am bestehenden Art. 4 der Bundesverfassung und umfassenden Neuschöpfungen für einen Artikel 4bis.

Der Gleichberechtigungsartikel des Verfassungsentwurfs

Auffallend häufig wird auf den Artikel 9 Abs. 3 des *Entwurfes für eine total revidierte Bundesverfassung* hingewiesen. Dieser hat folgenden Wortlaut: «Mann und Frau sind gleichberchtigt. Das Gesetz sorgt für ihre Gleichstellung, vor allem in Familie, Ausbildung und Arbeit. Mann und Frau haben Anspruch auf gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit.»

PS: Die Berufs- und Geschäftsfrauen befürchten, ein Ja zur Initiative bräche eine «undifferenzierte Gleichbehandlung». Gut gebrüllt, Löwin!

Genferinnen-Alternative zur «Männer-Medizin»

In Genf praktiziert seit ein paar Monaten mit grossem Erfolg ein weibliches Ärztekollektiv, der «Dispensaire des femmes». 16 Frauen — darunter drei Ärztinnen, vier Krankenschwestern, zwei Psychologinnen und eine Hebamme — haben ihn gegründet. Dank einer Starthilfe von 100 000 Franken konnten sie ihre Aktion im Pâquis-Quartier starten. Sie geben sich neun Monate, um finanziell unabhängig zu werden. Gewinn- oder Profitabsichten bestehen aber auch nach diesem Stichtatum keine. Da der «Dispensaire» bescheidene Honorare verlangt, ist er auch bei den Krankenkassen beliebt. Ein Schwangerschaftstest kostet zehn Franken!

Man nimmt sich für jede Patientin bewusst Zeit, lässt sie auch nicht stundenlang im Wartezimmer Heftli lesen. Das Hauptgewicht wird nicht auf schnelle Beseitigung des Symptoms gelegt, sozusagen mit medikamentöser Gewaltanwendung. Die Frauen vom «Dispensaire», die sogar auf den weissen Kittel verzichten, wollen ihre Patientinnen in ihrer Gesamtheit, psychisch und körperlich erfassen und behandeln. Der überwältigende Zulauf stimmt nachdenklich.

Mutterschaftsversicherung ja, aber wie?

An einer gemeinsamen Veranstaltung informierten die *Zürcher Frauenzentrale* und der *Verein Aktiver Staatsbürgerinnen Zürich* ihre Mitglieder über die vor kurzem lancierte Volksinitiative für einen wirksa-